

Viele in der politischen Klasse haben diese Ereignisse überrascht. Schließlich wurden noch vor wenigen Jahren neue Pipelines durchgewunken, und alle haben aus fossiler Energie finanzierte Spenden angenommen. Die politische Kultur ist offensichtlich im Wandel begriffen, und das schneller, als Expert_innen es verfolgen können – ganz wie unser Klima.

Ansichts der im Übereinkommen von

Paris anerkannten „erheblichen Kluft“ zwischen den physischen Realitäten und den politischen Realitäten ist dieser Wandel eine seltene gute Nachricht für das Klima.

Naomi Klein ist die Autorin von „Die Entscheidung: Klima vs. Kapitalismus“ und ist Vorstandsmitglied von 350.org.

Übersetzung von *Felix Pahl* und *Laura Appeltshauer*.

Ende Gelände: Anti-Kohle-Proteste in Deutschland

Hendrik Sander

1 | Einleitung

Ende 2015 hat sich die internationale Staatengemeinschaft bei der UN-Klimakonferenz in Paris vertraglich darauf geeinigt, die globale Erwärmung auf maximal 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Zu der Frage, wie dieses Ziel erreicht werden soll, gibt der „Paris Vertrag“ jedoch kaum konkrete Hinweise. Die Verantwortung für die Umsetzung des Vertrages und die Erreichung des 1,5 Grad Ziels liegt in den Händen der einzelnen Staaten. Um die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, muss auch Deutschland seine Treibhausgasemissionen stark reduzieren, vor allem im Energiesektor.

In den vergangenen Jahren ist der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch zwar stark angestiegen. 2015 betrug ihr Anteil gut 30 Prozent, 2000 lag dieser Anteil noch bei rund sechs Prozent¹. Inwiefern der Trend zur Ausweitung der erneuerbaren Energien auch in Zukunft anhält, ist derzeit offen. 2014 hat die deutsche Bundesregierung das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das diesen Anstieg erst ermöglichte, mit dem Ziel stark reformiert, die erneuerbaren Energien auszubremsen und den Konzernen den Einstieg in diesen Markt zu erleichtern. Darüber hinaus hatten Braun- und Steinkohle mit insgesamt

42,3 Prozent im Jahr 2015 auch weiterhin einen hohen Anteil an der Stromerzeugung². Um dem Paris-Ziel gerecht zu werden, müsste Deutschland jedoch bis spätestens 2025 aus der Stromgewinnung aus Kohle aussteigen (Greenpeace 2016).

Um diesen Ausstieg aus der Kohle wird seit einigen Jahren gesellschaftlich gestritten. Während Energieunternehmen, Stadtwerke und Gewerkschaften insbesondere mittels Lobbying versuchen, den Weiterbetrieb der Kohlekraftwerke politisch zu sichern, gelingt es traditionellen Akteuren der Umweltbewegung (Umweltverbände, Bürgerinitiativen) zunehmend weniger, mittels bekannter Strategien (Demonstrationen, Petitionen, Kampagnen) ihre Forderungen durchzusetzen. Weder konnte die Reform des EEG verhindert, noch ein beschleunigter Kohleausstieg auf die politische Agenda gesetzt werden.

Erst mit dem Aufkommen der Klimagerechtigkeitsbewegung und insbesondere der Kampagne „Ende Gelände“, die in den vergangenen Jahren mit medienwirksamen Aktionen (z.B. Grubenbesetzungen) auf sich aufmerksam machte, erhalten Forderungen nach einer sozial-ökologisch gerechten Energiewende und einem schnellen Ausstieg aus der Kohleförderung in Deutschland neue politische und öffentliche Aufmerksamkeit. Im vorliegenden Artikel gehe

ich der Frage nach, welches die spezifischen Entstehungsbedingungen von Ende Gelände waren und wie die Kampagne auf dieser Grundlage eine gesellschaftliche Wirkung entfalten konnte. Welchen Einfluss hatten die speziellen politischen Rahmenbedingungen auf die Entstehung der Kampagne? Durch welche bewegungsinternen Prozesse konnte sie sich erfolgreich als Bewegungsakteur formieren? Wie konnte sie in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Zukunft der Kohle intervenieren? Worin lag ihr spezieller Beitrag, einen Kohleausstieg politisch voranzubringen?

Für eine Definition von sozialen Bewegungen beziehe ich mich auf Mark Herkenrath, der sich wiederum stark an Joachim Raschke orientiert. Demnach werden soziale Bewegungen als soziale Netzwerke definiert, „welche i) sich selbst als Gruppe begreifen, ii) das Ziel verfolgen, grundlegenden sozialen Wandel zu bewirken, zu verhindern oder umzukehren und iii) deren Kollektiv eine geringe interne Rollenspezifikation aufweist“ (Herkenrath 2011: 25).

Der Beitrag ist wie folgt gegliedert: Zunächst skizziere ich die Entstehung und Dynamik der Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland seit 2007, aus der heraus die Kampagne Ende Gelände hervorgegangen ist. Aus der Perspektive unterschiedlicher Ansätze der Bewegungsforschung erkläre ich anschließend die kontextspezifischen Entstehungsgründe und Wirkungen der Kampagne. Im Fazit formuliere ich zusammenfassend eine Antwort auf die zentralen Forschungsfragen.

Die diesem Artikel zu Grunde liegenden empirischen Daten wurden im Rahmen einer Studie über die Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland erhoben, die ich im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung 2015 erstellt habe (Sander 2016c). Das methodische Vorgehen ist qualitativ und umfasst eine Inhaltsanalyse von themenrelevanten Zeitschriftenartikeln und Strategiepapieren von wesentlichen Klima-Gruppen sowie dreizehn Expert_inneninterviews mit Personen, die überwiegend selbst in der Anti-Kohle-Bewegung in Deutschland aktiv sind. Die Interviews wurden im Herbst

2015 in den Städten Berlin und Bonn von mir geführt.

2 | Die deutsche Klimagerechtigkeitsbewegung

Eine Klimagerechtigkeitsbewegung bildete sich in Deutschland nach dem G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm heraus. Ausgangspunkt war die Beobachtung einiger globalisierungskritischer Aktivist_innen, dass es der Bundesregierung und Kanzlerin Angela Merkel gelungen war, die erodierende Legitimation der G8-Treffen durch eine scheinbare Bearbeitung des Klimaproblems zu erneuern. So konnte sie sich gegenüber den Medien erfolgreich als Retterin des Klimas darstellen, obwohl der Gipfel nur allgemeine und unverbindliche Erklärungen zum internationalen Klimaschutz anbot (Pasadakis/Müller 2007).

Für die Entwicklung einer eigenständigen kapitalismuskritischen Position in der Klimafrage und die Identifizierung von Ansatzpunkten, um wesentliche Verursacher_innen der globalen Erwärmung direkt zu adressieren, begannen verschiedene Aktivist_innen und Gruppen ein graswurzelorientiertes Klima-Netzwerk aufzubauen (AntiRassismusBüro Bremen 2007). Die Gruppen bezogen sich hierbei vor allem auf die britische Klimagerechtigkeitsbewegung und die Strategie der *Camps for Climate Action* (Frenzel 2011). Der erste praktische Ausdruck dieser Vernetzung war das „Klima- und Antirassismuscamp“ im Sommer 2008 in Hamburg. Obwohl eine versuchte Besetzung des sich damals im Bau befindlichen Kohlekraftwerks Moorburg misslang, wird das Camp als ein wichtiger Schritt beim Aufbau einer deutschen Klimagerechtigkeitsbewegung interpretiert (Koburger/Doria 2008).

Dieser Prozess war nicht auf die nationale Ebene beschränkt, sondern war zugleich eingebettet in die Formierung einer neuen Klimagerechtigkeitsbewegung auf internationaler Ebene, die sich in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre formierte (Brunnengräber 2013; Garrelts/Dietz 2013; Dietz 2013). Als *frame* (s.u.) der neuen Bewegung firmierte der Begriff der *Klimage-*

rechtigkeit, der impliziert, dass die Lösung der Klimakrise nicht nur die Entwicklung passender Technologien und Politiken erfordere, sondern eine grundlegende Veränderung der sozial und ökologisch ungerecht organisierten Weltwirtschaft und -gesellschaft (della Porta/Parks 2013).

Unter Verwendung der Definition von Herkenrath (s. o.) lässt sich in Deutschland bereits seit 2008 von einer eigenständigen Klimagerechtigkeitsbewegung sprechen (ähnlich Kössler 2013). Denn die Akteure begriffen sich selbst als Gruppe bzw. als Bewegung, sie orientierten sich darauf, die sozial-ökologischen Gefahren des Klimawandels abzuwenden und eine klimagerechte Gesellschaft voranzutreiben, und sie wiesen eine geringe interne Rollendifferenzierung auf. An der Bewegung waren von Anfang an größere Bewegungsorganisationen wie Attac, die Interventionistische Linke und die Bundeskoordination Internationalismus beteiligt. Hinzu kamen auf das Klimathema fokussierte Aktionsgruppen wie beispielsweise „Gegenstrom Berlin“ oder „Klimagerechtigkeit Leipzig“, später auch AusgeCO2hlt. Ferner spielten sogenannte öko-anarchistische Aktivist_innen eine große Rolle, die sich in der Regel jedoch nicht in Gruppen organisieren. Seit ihren Anfängen hatte die Bewegung immer ein zentrales Netzwerk, in dem sie sich austauschte und gemeinsame Strategien verabredete. Zunächst übernahm das „Klimal-Bewegungsnetzwerk“ diese Funktion, später „Energiekämpfe in Bewegung“.

2009 konzentrierte sich die Bewegung auf die Mobilisierung zur UN-Klimakonferenz im Dezember in Kopenhagen. Die Aktivistinnen weckten die Erwartung, dass Kopenhagen zum Geburtsort einer globalen Klimagerechtigkeitsbewegung werden könnte (Bedall 2014). Schließlich bewahrheitete sich keine der beiden Prognosen. Obwohl der offizielle Verhandlungsmarathon weitgehend ergebnislos endete, konnten die Bewegungsgruppen ihre Alternativen nicht wirksam in die Öffentlichkeit bringen. Vor allem konnte die versuchte Besetzung des UNFCCC-Tagungsgeländes weder der Öffentlichkeit noch den beteiligten Aktivist_innen das Gefühl vermitteln, damit

tatsächlich eine Alternative zur vorherrschenden Klimapolitik zu verkörpern, da dort der Klimawandel nicht effektiv zu adressieren war (Avanti – Projekt undogmatische Linke 2010).

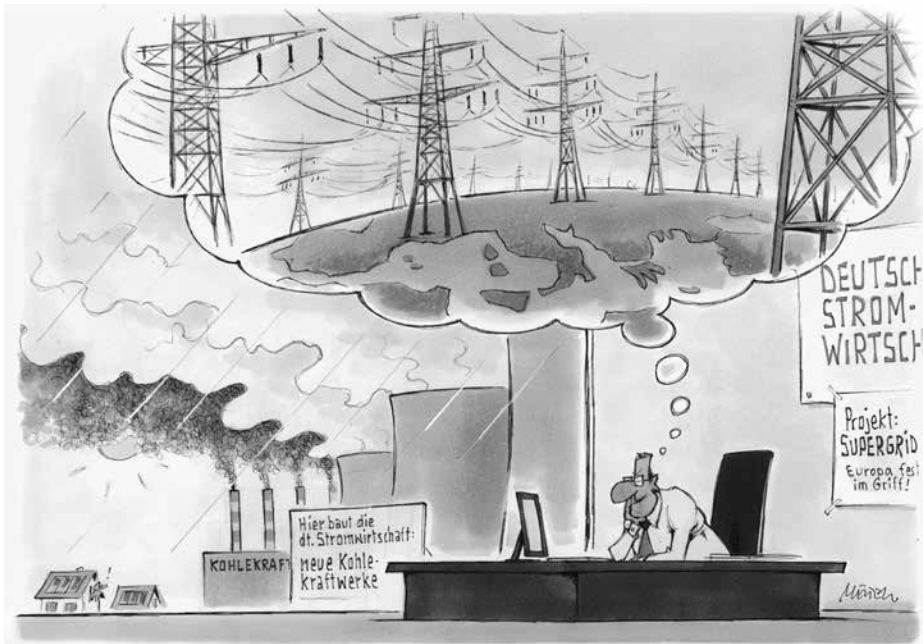
Aufgrund der enttäuschenden Ergebnisse der Gipfelproteste in Kopenhagen geriet die deutsche Klimagerechtigkeitsbewegung in eine Krise. Eine Reihe von Gruppen wandte sich wieder anderen Themen zu oder löste sich ganz auf. Die verbliebenen und neu hinzu gekommenen Gruppen und Einzelaktivist_innen lehnten es ab, sich fortan an der Klimagipfel-diplomatie abzuarbeiten, sondern schlugen vor, sich lokalen und regionalen Themen der Klimagerechtigkeit zuzuwenden, in denen sie eine politische Wirksamkeit entfalten und konkrete Alternativen entwickeln könnten (Klimal!Bewegungsnetzwerk 2010). Als neues *frame* (s.u.) dieser Bewegungsphase diente der Begriff der *Energiedemokratie*, der eine Hinwendung zu *Energiekämpfen* implizierte. Die Gruppe *Gegenstrom Berlin* brachte die neue Orientierung auf den Punkt: „Die einigende Klammer einer solchen Bewegung ist der Kampf für Energiedemokratie. Demokratie heißt, die Entscheidungen, die unser aller Leben prägen, gemeinsam und ohne Profitzwang treffen zu können“ (Gegenstrom Berlin 2011).

In dieser Zeit kristallisierten sich zwei unterschiedliche Ansätze bzw. „Arme“ der Klimagerechtigkeitsbewegung heraus. Die eine Richtung, die ich als *sozial-ökologischen* Bewegungsarm bezeichne, setzte sich zum Ziel, vor allem in den Städten konkrete Beispielprojekte durchzusetzen, die soziale und ökologische Gerechtigkeit miteinander verbinden, um jenseits der bewegungsaffinen Milieus, die für einen tiefgreifenden Umbau der Industriegesellschaft relativ offen sind, um potenzielle Mehrheiten für eine Transformation zu einer klimagerechten Gesellschaft zu werben (Sander 2016b). Beispiele hierfür sind die in mehreren Städten (Berlin, Hamburg, Bremen, Hannover, Tübingen) entwickelten Kampagnen für einen kostenfreien öffentlichen Nahverkehr. In Berlin und Hamburg starteten breite Klimabündnisse Volksbegehren, um die städtische Stromversorgung zu rekommunalisieren und zu demokra-

tisieren. Im Mittelpunkt dieser Kampagnen standen nicht nur Eigentums-, Demokratie- und Klimafragen, sondern auch die soziale Frage. So thematisierten die Kampagnen in beiden Städten das Problem der Energiearmut und forderten, das Abklemmen der Stromversorgung bei nicht bezahlten Stromrechnungen zu verbieten (Becker et al. 2015; Blanchet 2015).

Eine zweite Richtung, die ich als *global-ökologischen* Arm der Bewegung bezeichne und der im Folgenden im Zentrum der Analyse steht, setzte sich die schnelle und massive Reduktion der Treibhausgasemissionen im globalen Norden zum Ziel. In ihren Mobilisierungen adressieren Gruppen wie AusgeCO2hlt, Gegenstrom Berlin oder Gegenstrom Hamburg vor allem den fossilistischen Kapitalismus und die so genannten *Carbon Majors*, Industrie- und Energieunternehmen mit hohen CO₂-Emissionen. Gefordert wird ein radikaler Wandel in Produktion, Konsum und Energieerzeugung sowie, Öl, Kohle und Gas im Boden zu belassen. In Deutschland geriet bald die Braunkohleindustrie ins Visier der global-ökologisch orientierten Klimagruppen.

Der Braunkohletagebau im Rheinland und in der Lausitz ist verantwortlich für die Zerstörung regionaler Ökosysteme und die zwangsweise Umsiedlung ganzer Dörfer. In der Lausitz mussten in den letzten 80 Jahren mehr als 30.000 Menschen einem Tagebau weichen. 136 Dörfer verschwanden ganz oder teilweise von der Landkarte. Für die Tagebaue Welzow-Süd II, Nochten II und Jänschwalde Nord läuft gegenwärtig das Planverfahren. Werden sie tatsächlich aufgeschlossen, würden zehn Orte von den Kohlebaggern zerstört und über 3.000 Menschen würden umgesiedelt. Die Kohleindustrie in der Lausitz wurde lange vom schwedischen Stromkonzern Vattenfall kontrolliert, bis er alle seine Braunkohlekraftwerke und -tagebaue in Brandenburg und Sachsen im Jahre 2016 an den tschechischen Investor EPH verkaufte. Dort produzieren fünf Tagebaue jedes Jahr etwa 60 Millionen Tonnen Braunkohle. Das Kraftwerk Jänschwalde zählt zu den größten Braunkohlemeilern in Deutschland und setzte im Jahre 2013 über 25 Millionen Tonnen CO₂ frei. Im Rheinland werden Abbau und Verstromung der Braunkohle von RWE,



der Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG, kontrolliert. Im Jahre 2013 wurden 98,6 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert. Die Verstromung der Kohle im Rheinländischen Revier ist allein für etwa 10 Prozent der jährlichen deutschen Treibhausgasemissionen verantwortlich.

Schon seit Jahrzehnten hatten Umweltverbände und lokale Bürgerinitiativen mit begrenztem Erfolg gegen die Tagebaue in diesen beiden Kohlerevieren protestiert. Im Rheinland organisieren radikale Klimagruppen seit 2010 jährlich Klimacamps. Die Teilnehmer_innen diskutieren in Workshops über die Zusammenhänge der Klima- und Energiepolitik, probieren praktische Alternativen aus und führen nicht zuletzt immer wieder Aktionen gegen die Infrastruktur der Kohlewirtschaft durch. Dabei suchten sie das Gespräch mit der lokalen Bevölkerung, konzentrierten sich aber vor allem auf die eigenen Aktionen. Im Jahre 2011 begannen zudem anarchistische Aktivist_innen Bäume im Hambacher Forst zu besetzen, der Jahr um Jahr weiter für den nahen Tagebau zerstört wird (Stötzel 2012; AusgeCO2hlt 2013). Auch in der Lausitz schlagen seit 2011 Kohlegegner_innen jährlich ihre Zelte auf, um gegen den Abbau von Braunkohle durch Vattenfall in der Region aktiv zu werden. Das Lausitzer Klima- und Energiecamp legt besonderen Wert auf die Einbindung der lokalen Bevölkerung und der aktiven Klimaschützer_innen vor Ort. Konnte es sich dadurch als feste Institution des regionalen Kohlewiderstands etablieren, blieben ähnlich konfrontative Aktionen wie im Rheinland (Blockaden von Kohlezügen, Baumbesetzungen) weitgehend aus. In den Jahren 2013 und 2014 führten mehrere zunächst getrennte Prozesse dazu, dass sich immer mehr Akteure der Klima- und Umweltbewegung auf die Frage des Kohleausstiegs konzentrierten und sich schließlich in der Kampagne *Ende Gelände*³ zusammenschlossen. Dadurch gewann endgültig eine neue Anti-Kohle-Bewegung Gestalt, die sich durch die vorhergehenden Proteste entwickelt hatte und als Teil der Klimabewegung im weiteren Sinne zu verstehen ist.

3 | Ende Gelände

Sozial-ökologisch orientierte Gruppen, wachstumskritische Initiativen sowie gemäßigte Umwelt-Verbände und NGOs verständigten sich Ende 2014 gemeinsam mit den Aktionsgruppen, die auf die Kohlefrage fokussieren (v.a. AusgeCO2hlt, Gegenstrom Berlin), darauf, eine öffentlichkeitswirksame Aktion des zivilen Ungehorsams gegen die Braunkohleindustrie zu organisieren. Die Sprecher_innen der Kampagne haben von Beginn an öffentlich erklärt, dass viele Menschen sich über die Gesetze hinwegsetzen werden und sich vor die Kohlebagger in einem Braunkohletagebau stellen werden, um damit ein deutliches Zeichen gegen diese Industrie zu setzen und auf einen kurzfristigen Kohleausstieg zu drängen. Damit konnten sie bereits vor dem Beginn der Aktion eine große Medienaufmerksamkeit auf sich ziehen. Der Name der Kampagne stammt von der umgangssprachlichen Redewendung „Ende Gelände“, der besagt, das mit etwas Schluss ist. Im konkreten Fall war die Botschaft, dass die Kohlebagger bei der Zerstörung des Geländes gestoppt und die ökologische Belastung der Erde durch die fossile Industrie beendet werden sollen.

Vom 7. bis 17. August 2015 fand nahe dem rheinländischen Erkelenz ein Klimacamp statt. Am 15. August gelang es über 1.000 Aktivist_innen die Polizeiketten zu durchfließen und die Kohlebagger und Förderbänder des Tagebaus Garzweiler II für einen Tag zum Stillstand zu bringen. Die Organisator_innen werteten die Aktion als großen Erfolg und beschlossen, die Kampagne im Frühjahr 2016 in der Lausitz fortzusetzen. Ein wichtiger Anlass war, dass Vattenfall plante, sein dortiges Braunkohlegeschäft an den tschechischen Investor EPH zu verkaufen (s.o.). Klimaschützer_innen werfen Vattenfall vor, sich damit aus der Verantwortung für einen zügigen und sozial verträglichen Kohleausstieg zu stellen. Nahe dem von der Abbaggerung bedrohten Ort Proschim schlugen die Kohlegegner_innen an den Pfingsttagen 2016 erneut ihre Zelte auf. Dieses Mal blockierten über 4.000 Menschen den Tagebau Welzow Süd

und die Versorgungsgleise zum benachbarten Kohlekraftwerk Schwarze Pumpe für mehrere Tage. Weil dem Kraftwerk die Kohle ausging, musste es auf Notbetrieb herunter geregelt werden. Der Verkauf an EPH wurde inzwischen trotz der starken Proteste abgeschlossen.

4 | Eine Bewegungsanalyse der Kampagne

Im Folgenden soll die Kampagne Ende Gelände genauer analysiert werden. Verschiedene Ansätze der Bewegungsforschung können helfen, ihre Entstehung und Entwicklung zu erklären.

Mit dem Ansatz der *political opportunity structures* lässt sich feststellen, dass das Verhältnis des politischen Systems gegenüber den Anliegen der Anti-Kohle-Bewegung als halboffen bezeichnet werden kann, was die Entstehung einer Kampagne wie Ende Gelände begünstigte. Eine These dieses Ansatzes ist, dass es dann zur Herausbildung von sozialen Bewegungen kommt, wenn politische Systeme weder vollkommen autoritär noch vollständig offen für alle gesellschaftlichen Anliegen seien. In diesem Fall seien Protestaktionen einerseits erforderlich, andererseits aber auch erfolgversprechend, um die gewünschten politischen Veränderungen zu erreichen (Kitschelt 1986; Tarrow 1998). Damit in Zusammenhang steht eine weitere These dieses Ansatzes, dass die Bewegung von einem Dissens innerhalb der Eliten in der sie betreffenden Frage profitieren kann, da sie unter diesen Bedingungen einfacher in der Lage ist, einerseits machtvolle Unterstützer_innen zu gewinnen und andererseits die Einheit der Gegenkräfte zu schwächen.

Wenn diese Perspektive nun auf Ende Gelände übertragen wird, lässt sich feststellen, dass auf der einen Seite wesentliche politische Institutionen die Kohlewirtschaft verteidigen: das Bundeswirtschaftsministerium, die dominanten Kräfte in der SPD und Union (Parteiführung, Wirtschaftsflügel) sowie auch einige Teile von Grünen (z.B. der grüne Tübinger Bürgermeister Boris Palmer) und Linken (z.B. der Brandenburger Landesverband). Auf der anderen Seite greifen andere staatliche Akteure immer wieder die Forderungen der

Kohlekritiker_innen auf: das Bundesumweltministerium, die Mehrheiten von Grünen und Linken sowie auch Minderheiten bei Union und SPD (die Umweltflügel der drei Parteien, auch Lokalpolitiker_innen der CSU). Während die kohlefreundlichen Kräfte sich besonders gut auf der Bundesebene durchsetzen können, errangen die kohlekritischen Kräfte immer wieder Erfolge auf der lokalen oder regionalen Ebene, indem sie beispielsweise Kommunen von der Unterstützung eines Kohlekraftwerks abbrachten oder Gerichtsprozesse gewannen. So gelang es Bürgerinitiativen und Umweltverbänden in den letzten Jahren, 19 von 35 geplanten Kohlekraftwerksneubauten zu verhindern⁴. Allerdings haben fossilistische Unternehmen (z.B. RWE, STEAG) und Gewerkschaften (IG BCE, Teile von Ver.di) in den traditionellen Kohleregionen sehr enge Lobbykontakte zu Parteien, Ministerien und Behörden (Sander 2016a, 205ff.). Hieran zeigt sich, dass es – ähnlich wie in der Atompolitik vor Fukushima – keinen Elitenkonsens in der Kohlefrage gibt. Zwar ist angesichts der Pro-Kohle-Position relevanter staatlicher Akteure kein baldiger Kohleausstieg zu erwarten. Zugleich bringen die ökologisch orientierten staatlichen Institutionen ihre Anti-Kohle-Position immer wieder auf die politische Agenda und halten damit die Auseinandersetzung um diese Frage wach.

Das zentrale Interventionsfeld für die Anti-Kohle-Gruppen war der öffentliche Diskurs. Denn die Aktion zielte nicht in erster Linie darauf, die Kohleverstromung tatsächlich mit physischen Zwangsmitteln dauerhaft zu beenden, sondern vielmehr ein klares Zeichen zu setzen, das den dominanten Diskurs um die Kohle verschieben kann. Einerseits ist das Argument einflussreich, dass die Kohle für Versorgungssicherheit und wirtschaftliche Strompreise noch längerfristig vonnöten sein wird. Andererseits befürworten große Teile der Bevölkerung erneuerbare Energien gegenüber fossilen Energieträgern. Die Frage eines Kohleausstiegs wird aufgrund der klimapolitischen Notwendigkeit mit verstärkter Dringlichkeit in die Öffentlichkeit getragen. Die Greenpeace-Studie hat gezeigt, dass ein ambitionierter

Kohleausstieg nötig ist, um das Paris-Ziel zu erreichen (Greenpeace 2016). Dennoch bewegt sich die gegenwärtige Ausstiegsdebatte um die Mitte der 21. Jahrhunderts als anvisierter Ausstiegszeitraum. Sogar Greenpeace selbst forderte vor einigen Jahren noch ein Ende der Kohleverstromung bis 2040 (Greenpeace 2008).

Aus diesen Widersprüchen im politischen System und im öffentlichen Diskurs, die ein Problem und ein Spannungsfeld deutlich machen, kann ein Akteur wie das Ende Gelände-Bündnis entstehen, der eine bisher unbesetzte Position einnimmt, von der aus eine Lösung der Kohlefrage plausibel wird.

Allerdings ist das Bündnis nicht bloß ein Ergebnis der genannten Faktoren, sondern es agiert als eigenständiger Akteur innerhalb dieser Rahmenbedingungen, die es reflexiv in seinen Strategien antizipiert.

Um die Entstehung von Ende Gelände zu erklären, ist ebenfalls die strategische Bedeutung von denjenigen Aktivist_innen wichtig, die eine zentrale initiierende und organisierende Rolle in der Kampagne spielen. Dafür ist es hilfreich,

den Ansatz der Ressourcenmobilisierung hinzu zu ziehen. Darin werden soziale Bewegungsorganisationen als strategisch handelnde Akteure gefasst, die Ressourcen wie Finanzmittel, ehrenamtliches Engagement und gesellschaftliche Legitimation mit dem Ziel akkumulieren, politisch bestimmte Ziele zu erreichen. Damit sind die politischen Fähigkeiten der Anführer_innen der Bewegungen entscheidend für die Herausbildung und den Erfolg von politischen Kampagnen und Protesten (McCarty/Zald 1977; Opp 1994).

Eine solche Perspektive ist auch zur Erklärung der Kampagne Ende Gelände gewinnbringend. Zunächst war es für die Initiative wichtig, alle Klimagruppen in Deutschland an einen Tisch zu bringen und nicht zuletzt erfahrene Bewegungsfiguren einzubinden, die sich seit einigen Jahren aus den Klimakämpfen zurückgezogen hatten. Die oben angesprochenen zentralen Aktivist_innen mussten sich in einem ersten Schritt gewissermaßen selbst organisieren, um dann die verschiedenen Ressourcen entfalten zu können, die zum Aufbau einer schlagkräftigen Kampagne notwendig



sind. Ihnen gelang es, viele Bündnispartner_innen und Unterstützer_innen zu gewinnen, unter denen auch eine Reihe von namhaften Umwelt-NGOs waren, die erheblich zur öffentlichen Legitimation der Kampagne beitrugen. Sie konnten auch bestehende Kontakte zu Journalist_innen nutzen bzw. neue aufbauen, die die Ausstrahlung des Projekts zusätzlich steigerten. Ferner war das Bündnis in der Lage, viele Aktivist_innen zu den Klimacamps und den Aktionstagen zu mobilisieren. Die zunächst nur potenziellen Ressourcen konnten die beteiligten Gruppen mithilfe der spezifischen Aktionsform des zivilen Ungehorsams aktivieren und in der politischen Auseinandersetzung zur Geltung bringen.

Die Kampagne Ende Gelände kann jedoch keineswegs nur aus rein rationalen Strategien von Bewegungslenker_innen erklärt werden, die darauf zielen, konkrete abgegrenzte politische Ziele zu erreichen. Aus der Perspektive des *Collective Identity*-Ansatzes wird deutlich, dass sie vielmehr Ergebnis eines kollektiven Lern- und Diskussionsprozesses in der Klimagerechtigkeitsbewegung ist. Das Konzept der kollektiven Identitäten geht davon aus, dass eine soziale Bewegung ein gemeinsames Wir-Gefühl und geteilte Werte entwickeln muss, damit sie sich formieren und stabilisieren kann (Melucci 1989). Die Protestgruppen müssen zunächst also eine kollektive Identität und kollektive Deutungen und Ziele herausbilden.

Aus dieser Perspektive lässt sich feststellen, dass die Formierung von Ende Gelände mit der Herausbildung einer *kollektiven Identität* einher ging. Diese entstand dadurch, dass die Menschen emotional von den Zerstörungen durch den Braunkohletagebau betroffen waren, an Vernetzungstreffen und Diskussionen teilnahmen, und vor allem durch das Zusammenleben auf den Klimacamps und die kollektiven Selbstermächtigungserfahrungen in den Aktionen. Insbesondere die Gegnerschaft zu RWE und Vattenfall, zur jeweiligen Landespolitik und zur Polizei stabilisierte den Gruppenbildungsprozess. Schließlich erleben die Kohlegegner_innen sich auch durch die Verwendung kultureller Symbole wie bestimm-

ter Slogans und Gesänge sowie der typischen Aktionskleidung (weiße Maleranzüge und Schutzmasken) als Teil einer Gruppe.

Wirksam wurde die Kampagne Ende Gelände schließlich dadurch, dass es den beteiligten Klimagruppen gelang, die Braunkohleverstromung als existenzielles Problem zu *framen*, für dessen Lösung ein sofortiger Kohleausstieg notwendig sei, und damit jeweils mehrere tausend Aktivist_innen zu den Aktionen zu mobilisieren. Um diesen Deutungsprozess zu verstehen, ist der *framing*-Ansatz hilfreich. Seine zentrale Annahme ist, dass soziale Bewegungen die gesellschaftliche Wirklichkeit in eine bestimmte Richtung deuten müssen, um Einfluss zu erlangen und ihre Anliegen politisch durchsetzen zu können. Die Strategie der Bewegungsakteure bestehe darin, ein soziales Phänomen als Problem zu „*framen*“, erstrebenswerte Lösungen vorzuschlagen und Unterstützer_innen für ihren Kampf zu gewinnen (Schetsche 1996; Benford/Snow 2000).

In diesem Sinn waren die Akteure der Bewegung insofern erfolgreich, als sie ein *frame* etablieren konnten, nach dem die Kohleindustrie nicht nur Natur und Menschen in der Region bedroht, sondern auch das Leben von Millionen Menschen, die vom Klimawandel betroffen sind. Die etablierte Klima- und Energiepolitik würde das Problem eher verschlimmern und nicht die grundlegenden Probleme angehen, die im fossilistischen Kapitalismus zu suchen seien. Dem stellen sie das Ideal einer klimagerechten Gesellschaft gegenüber, in der der Schutz der Erde mit einer grundlegenden gesellschaftlichen Emanzipation verbunden wird. Die Klimacamps würden dieses Ideal für eine begrenzte Zeit und an einem Ort bereits im Hier und Jetzt antizipieren. Mit dieser klaren Gegenüberstellung und der Perspektive, durch das eigene Handeln tatsächlich einen Unterschied machen und den Klimawandel stoppen zu können, hatte Ende Gelände eine enorme Attraktivität für viele junge ökologisch orientierte, bewegungsaffine Menschen.

Die Stärke der Kampagne lag also weniger darin, konkrete Vorschläge in einen Fachdiskurs einzubringen, die in Gesetzesform umzu-

setzen wären. Vielmehr war sie in der Lage, die grundlegenden Koordinaten des energiepolitischen Diskursfeldes zu verschieben. Durch die mediale Verbreitung der Aktionen gelang es, erstens die Kohlefrage mit größerer Vehemenz auf die Tagesordnung zu setzen; zweitens die Kohlepolitik als Gegenstand eines gesellschaftlichen Konfliktes und nicht eines Konsenses deutlich zu machen; drittens den Zeithorizont eines Kohleausstiegs von der Mitte des 21. Jahrhunderts in die kommenden Jahre vorzuerlegen. Im Sinne des *framing*-Ansatzes ist dies so zu verstehen, dass die beteiligten Klimagruppen in der Lage waren, hegemoniale *frames* substantziell zu verschieben und umzudeuten.

5 | Fazit

In dem vorliegenden Artikel wurde der Frage nachgegangen, welches die spezifischen Bedingungen sind, die zur Entstehung der Kampagne Ende Gelände geführt haben, und wie sie auf dieser Basis eine gesellschaftliche Wirkung auf die Debatten um die Zukunft der Kohleindustrie entfalten konnte. Es wurde gezeigt, dass eine partielle Offenheit des politischen Systems sowie ein Dissens der staatlichen Eliten in dieser Frage die Herausbildung der Kampagne begünstigten. Zudem gab es eine Widersprüchlichkeit im etablierten Diskurs, dass ein zügiger Kohleausstieg eigentlich klimapolitisch notwendig sei, aber trotzdem nicht wirksam eingefordert wurde. In dieser Konstellation konnte ein Akteur entstehen, der diese Blockade aufzeigt und die durchaus vorhandenen politischen Potenziale für einen Kohleausstieg nutzt. Hinzu kam die besondere Bedeutung von erfahrenen und gut vernetzten Aktivist_innen und Klimagruppen, ohne die die Konstituierung der Kampagne in dieser Form nicht möglich gewesen wäre. Ihnen gelang es, Bündnispartner_innen, Pressekontakte und Aktivist_innen zu mobilisieren. Dieser Prozess ist allerdings nur zu erklären, wenn auch die Herausbildung einer kollektiven Identität in der Bewegung berücksichtigt wird. Durch die Gegnerschaft zur Kohleindustrie und die gemeinsamen Bewegungsereignisse wurde ein

sozialer Zusammenhalt geschaffen, ohne den die Kampagne nicht hätte erfolgreich sein können. Auf Grundlage dieser Stärken ist es ihr schließlich gelungen, etablierte Frames umzudeuten und neue einzuführen. Ihre wesentliche Leistung ist darin zu sehen, dass sie das Diskursfeld insofern grundlegend verschoben hat, als sie die Frage des Kohleausstiegs überhaupt als eine dringliche Herausforderung etabliert hat, die politisch gegen starke Beharrungskräfte durchgesetzt werden muss.

Dr. Hendrik Sander hat zur jüngeren deutschen Energiepolitik promoviert und arbeitet gegenwärtig als freiberuflicher Politikwissenschaftler. Er ist selbst in der Klimagerechtigkeitsbewegung aktiv.

Kontakt: henno.sander@gmx.de

Anmerkungen

- ¹ <https://www.bmwi.de/DE/Themen/Energie/Erneuerbare-Energien/erneuerbare-energien-auf-einen-blick.html> [15. Dezember 2016].
- ² <https://www.unendlich-viel-energie.de/strommix-deutschland-2014> [15. August 2016]
- ³ <https://www.ende-gelaende.org/de/> (15. August 2016).
- ⁴ <http://www.die-klima-allianz.de/keine-neuen-kohlekraftwerke/rueckblickerfolge/> (15. August 2016).

Literatur

AntiRassismusBüro Bremen 2007: Warum Al Gore den Nobelpreis nicht verdient hat: Ein Text zu Klimawandel, sozialer Frage und Aktionsperspektiven. http://www.buko.info/fileadmin/user_upload/doc/reader/reader_naturverhaeltnis.pdf [22.12.2016].

Avanti – Projekt undogmatische Linke 2010: Der Gipfel des Scheiterns. Zaghafte Schritte einer dringend notwendigen Klimabewegung. In: Analyse und Kritik, Heft 546.

Becker, Sören, Ross Beveridge und Matthias Naumann 2015: Remunicipalization in German cities. Contesting neo-liberalism and

reimagining urban governance? In: Space and Polity (Special Issue: In, Against, Beyond Neoliberalism. The „Crisis“ and Alternative Political Futures), Jg. 19, Heft 1, 76-90.

Bedall, Philip 2014: Climate Justice vs. Klimaneoliberalismus? Klimadiskurse im Spannungsfeld von Hegemonie und Gegen-Hegemonie. Bielefeld: Transcript.

Benford, Robert D. und David A. Snow 2000: Framing Processes and Social Movements. An Overview and Assessment. In: Annual Review of Sociology, Jg. 26, 611-639.

Blanchet, Thomas 2015: Struggle over energy transition in Berlin. How do grassroots initiatives affect local energy policy-making? In: Energy Policy, Jg. 78, Heft C, 246-254.

Brunnengräber, Achim 2013: Zwischen Pragmatismus und Radikalisierung. NGOs und soziale Bewegungen in der internationalen Klimapolitik. In: Dietz, Matthias und Heiko Garrelts (Hg.): Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch. Wiesbaden: Springer VS, 357-372.

Dietz, Matthias 2013: Debatten und Konflikte in der Klimabewegung. In: Dietz, Matthias und Heiko Garrelts (Hg.): Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch. Wiesbaden: Springer VS, 391-412.

Frenzel, Fabian 2011: Entlegene Orte in der Mitte der Gesellschaft. Zur Geschichte der britischen Klimacamps. In: Brunnengräber, Achim (Hg.): Zivilisierung des Klimaregimes. NGOs und soziale Bewegungen in der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 163-186.

Garrelts, Heiko und Matthias Dietz 2013: Konturen der internationalen Klimabewegung - Einführung in Konzeption und Inhalte des Handbuchs. In: Dietz, Matthias und Heiko Garrelts (Hg.): Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch. Wiesbaden: Springer VS, 15-35.

Gegenstrom Berlin 2011: Gegen den fossil-nuklearen Wahn. Energiedemokratie jetzt! Energiepolitische Thesen von Gegenstrom Berlin. In: Analyse und Kritik, Heft 561.

Greenpeace 2008: Vorschlag für ein „Gesetz

über die geordnete Beendigung der CO₂-intensiven Steinkohle- und Braunkohleverstromung“ (Kohle-Ausstiegsgesetz). https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/Kohleausstiegsgesetz_0.pdf [15.8.2016].

———. 2016: Was bedeutet das Pariser Abkommen für den Klimaschutz in Deutschland? http://www.greenpeace.de/files/publications/160222_klimaschutz_paris_studie_02_2016_fin_neu.pdf [15.8.2016].

Kitschelt, Herbert 1986: Political Opportunity Structures and Political Protest. Anti-Nuclear-Movements in Four Democracies. In: British Journal of Political Science, Jg. 16, Heft 1, 57-85.

Klima!Bewegungsnetzwerk 2010: Das Scheitern als Chance begreifen. Wie weiter nach Jøkenhagen? <http://klima.blogspot.de/aktuelles/das-scheitern-als-chance-begreifen-wie-weiter-nach-jøkenhagen/> [22.12.2016].

Koburger, Ines und Andrea Doria 2008: Für produktive Unruhe sorgen. Interview mit zwei InitiatorInnen des Klima-/Antiracamps in Hamburg. In: Analyse und Kritik, Heft 531.

Kössler, Georg 2013: Die Klimabewegung in Deutschland. In: Dietz, Matthias und Heiko Garrelts (Hg.): Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch. Wiesbaden: Springer VS, 185-204.

McCarthy, John D. und Mayer Zald 1977: Resource Mobilization and Social Movements. In: American Journal of Sociology, Jg. 82, 1212-1241.

Melucci, Alberto 1989: Nomad of the present. Social movements and individual needs in contemporary society. London u.a.: Hutchinson Radius.

Opp, Karl-Dieter 1994: Der „Rational-Choice“-Ansatz und die Soziologie sozialer Bewegungen. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 2, 11-26.

Passadakis, Alexis und Tazio Müller 2007: Krise im Treibhaus. Die Klimafrage und die Transformation des Kapitalismus. In: Analyse und Kritik, Heft 523.

della Porta, Donatella und Louisa Parks 2013: Framing-Prozesse in der Klimabewegung. Vom Klimawandel zur Klimagerechtigkeit. In:

Dietz, Matthias und Heiko Garrelts (Hg.): Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch. Wiesbaden: Springer VS, 39-56.

Sander, Hendrik 2016a: Auf dem Weg zum grünen Kapitalismus? Die Energiewende nach Fukushima. Berlin: Bertz und Fischer.

— 2016b: Die Klimagerechtigkeitsbewegung in Deutschland. Eine historisch-materialistische Bewegungsanalyse. In: Prokla Jg. 46, Heft 184/3.

— 2016c: Die Klimabewegung in Deutsch-

land. Entwicklung und Perspektiven. Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.). http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Onlinestudie_Klimagerechtigkeit.pdf [22.12.2016].

Schetsche, Michael 1996: Die Karriere sozialer Probleme: Soziologische Einführung. München/Wien: Oldenbourg.

Tarrow, Sidney 1998: Power in movement: Social movements and contentious politics. Cambridge: Cambridge University Press.

Schweigen ist Gold

Stephanie Danielle Roth/Jürgen Maier

Eine Mine ist ein Loch im Boden, das einem Lügner gehört

Mark Twain

In den Finanzzentren von Städten wie Frankfurt, New York oder Toronto kann man oft Bildschirme an Gebäuden sehen, auf denen elektronische Kürzel umherschwirren. Sie zeigen die stündlich wechselnden Aktienkurse. Bei den meisten weiß kaum jemand, wofür sie stehen und vor allem wer dahinter steht. Einer davon ist GBU.TO. Es steht für ein Unternehmen namens *Gabriel Resources*. Dieser Text dreht sich um diese Firma. Es ist eine Geschichte über einen Plan, Europas größtes Gold- und Silber-Tagebaubergwerk in und um Rosia Montana zu entwickeln, einer kleinen Stadt im Norden Rumäniens. Dabei geht es um Gier, Zerstörung und Zyanid. Und es geht um eine Gruppe bemerkenswerter Menschen, die sich zusammenfanden, um für einen Ort zu kämpfen, den sie ihre Heimat nennen. Ihr Kampfgeist inspirierte eine ganze Nation, sich ihnen anzuschließen. Vor allen Dingen: Sie gewannen diesen Kampf, gegen alle Widerstände – jedenfalls bis jetzt.

1 | Goldbergbau in Rosia Montana

Siebenbürgen ist mehr als eine schöne Region, sie ist auch rohstoffreich. Das Gold von Rosia Montana wurde schon in der Römerzeit abgebaut. Die Römer blieben nicht lange, ließen aber eine reiche Hinterlassenschaft von Bergwerksstollen zurück. Kleinbergbau bestimmte seitdem immer wieder die Geschichte der Region, und immer wieder wurde um die Region und ihre Reichtümer gekämpft.

1970 wurde eine kleine staatliche Mine eröffnet, in der die meisten Einwohner Rosia Montanas arbeiteten. Nach 1990 wurden die Staatsbetriebe meistbietend verkauft.¹ Hier kam Frank Vasile Timis ins Spiel, Gründer von Gabriel Resources. Der gebürtige Rumäne wanderte in den 1980er Jahren nach Australien aus, wo er zweimal wegen Heroinhandel verurteilt wurde². 1996 kehrte er nach Rumänien zurück, um sich dort die Pacht für eine der größten Goldregionen Europas zu sichern. Er war mehrfach in zweifelhaft und betrügerische Aktivitäten rund um Rohstoffexploration verwickelt, konnte aber immer einer Verurteilung entgehen.³ 1997 landete er